

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Peter MdB zur Auseinandersetzung mit den „Republikanern“: Alternativen statt Rhetorik.

Seite 1

Susanne Kastner MdB zur Notwendigkeit, den Sozialbau massiv zu fördern: Verschärfung der Wohnungsnot.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Stiegler, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern, sprach am Wochenende auf der Kundgebung der SPD gegen neonazistische Umtriebe in Wunsiedel, die in Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf Hess stehen, der in der oberfränkischen Stadt beerdigt ist. Seine Ausführungen im Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 159

21. August 1989

Alternativen statt Rhetorik

Zur Auseinandersetzung mit den „Republikanern“

Von Horst Peter MdB

I.

Die sozial ausgepowerte, mit Nationalismen angereicherte Masse ist kritisch geworden. Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung im Wahlerfolg der „Republikaner“.

Das immer brisante Bedienen autoritär-nationalistischer Ressentiments entläßt sich - auch aus der Sicht derjenigen, die in der Union dafür verantwortlich sind - in der falschen Richtung. Eingebunden werden sollte die Veteranengeneration der für diese Ressentiments Empfänglichen. In einer gespaltenen Gesellschaft führt dies jedoch zur Aufspaltung der Meinungs-, Wähler- und Parteienlandschaft, wenn nachwachsende Generationen dieser Ressentiments bedürfen.

Schönhuber formiert die für die Bundesrepublik authentische nationalistisch-autoritäre Formation. Insoweit schließt die Bundesrepublik zu den anderen Staaten Europas auf. Insoweit ist dies wirklich ein Stück Normalisierung der Bundesrepublik. Sie ist nun vollends in den Kreis der westlich zivilisierten kapitalistischen Nationen zurückgekehrt. In denen sind ultranationalistische, rechtskonservative, autoritäre, populistische, gegenreformerische, gegenrevolutionäre und faschistische Formationen die bekannte Begleiterscheinung krisenhafter ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die wirkliche Fragestellung gegenüber der vermeintlichen Erfolgsgeschichte der „Republikaner“ würde deshalb lauten: Warum erst jetzt?

Für die unmittelbaren Nachkriegs- und Nach-Auschwitz-Generationen waren diese Positionen offensichtlich als Bestandteil der Nazi-„Weltanschauung“ und durch die Steigbügelhalter-Funktion der Konservativen (von Papen) desavouiert. Die Konsequenz des Handelns ultra-konservativer Strömungen ist 50 Jahre erfolgreich gezeugt und verdrängt worden. Der Schock, den Auschwitz

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundliche
Produktion
mit 100% Recycling-Papier



bereitete, verblaßt und wirkt nicht mehr abhaltend. 50 Jahre danach meint man, wieder offen, ohne den schützenden Mantel der Union auftreten zu können und zu dürfen. Die Enttabuisierung ist erfolgreich abgeschlossen.

Den „Republikanern“ muß man frei von historischen Illusionen und Täuschungen gegenüberreten. Die „Republikaner“ sind ein authentischer Ausdruck bundesdeutscher Verhältnisse. Bisher organisiert sich bei den „Republikanern“ ein Stück sozialer Protest. Hier handelt es sich nicht um eine Spielart des Althermen-Faschismus wie bei DVU/NPD. Es geht also nicht wie bei den Nazi-Nostalgikern um die politische und gesellschaftlich marginalisierte und diskriminierte Kopie des Hitler-Nazismus der damals Dabeigewesenen.

Vorschnelle Etikettierungen helfen wenig. Noch können die „Republikaner“ zur zivilisierten Rechten aufschließen. Zudem: der eifrige und inflationär-zügige Umgang mit dem „Faschismus“-Etikett kann auch zur Banalisierung und Relativierung von Auschwitz führen und die antifaschistische Argumentation stumpf werden lassen. Begriffs- und Ableitungshuberei hilft nicht in der konkreten alltäglichen Auseinandersetzung mit dem zeitgenössischen Republikanismus und hält angesichts des Erfolgs der Enttabuisierung die Wähler der „Republikaner“ nicht ab, „Republikaner“ zu wählen, und nur noch wenige Demokraten werden sich in der „Abscheu“-Pose gegen den Republikanismus mobilisieren lassen. Es ist eine unfruchtbare Wiederholung geschlagener Schichten. Es hilft auch deswegen wenig weiter, weil selbst der Nazismus Hitlerscher Prägung nur eine Spielart des historischen Faschismus gewesen ist, der sich organisations- und machtpolitisch gegen konkurrierende faschistische Strömungen und gegen alternative politische Krisenlösungsmodelle der Rechten am Ende der Weimarer Republik durchgesetzt hat. Insoweit ist auch diese Frage nach möglichen historischen Bezugspunkten des Republikanismus sekundär.

II.

1987 unterstellte Robert Leicht in seiner Analyse der Bundestagswahl, daß viele die Schrift an der Wand gesehen hätten, auch wenn sie keiner so recht zu deuten wisse. Jedenfalls lasse die Bindekraft der beiden großen Volksparteien nach. Peter Glotz erkannte zwar, daß wie in den 70er Jahren die Grünen als Herausforderung der Sozialdemokraten entstanden seien, in den 80er Jahren auch eine entsprechende Herausforderung für die Union entstehen könne: „Je mehr Strauß und Kohl sich davor fürchten und je weniger sie solchen Tendenzen widersprechen, desto wahrscheinlicher ist diese Tendenz.“

Umso erstaunlicher ist, wie rat- und politiklos heute den Wahlerfolgen von „Republikanern“ (und NPD) gegenübergestanden wird. Die rechten Rezepte gegen rechts fehlen. Denn dazu zählen weder Strategiepapiere, in den falsche Schadenfreude politische Analyse ersetzt, noch Streitgespräche mit Schönhuber in einem Forum wie „Die Welt“ vor einem Schönhuber zugeneigten Publikum, das sich von keinem Sozialdemokraten abbringen lassen wird, „Republikaner“ zu wählen.

Die Existenz der „Republikaner“ ist natürlich kein wahl- und parteiensoziologisches Problem. Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems entspricht und folgt der Ausdifferenzierung, Zerklüftung und Spaltung der Gesellschaft, den vielfältigen Desintegrations- und Marginalisierungstendenzen, der Zerstörung des sozialen Konsens und der Sozialstruktur.

Bei den „Republikanern“ sammeln sich die Verlierer der Modernisierungsprozesse der letzten zwei Jahrzehnte, des ökonomisch-industriellen Wandels, der kulturellen Modernisierung, die „kleinen Machos“, deren männliche Überlegenheit sich ins Nichts aufgelöst hat, die Verlierer der ideologischen Modernisierung der CDU, die Wende-Enttäuschten. FORSA kommt zu dem Fazit, „daß bei allen möglichen ideologischen Anfälligkeiten unter verschiedenen Wählergruppen für rechtsradikale Thesen doch in erster Linie das Gefühl der gesellschaftlichen Benachteiligung ein wesentliches Motiv für die Wahl rechter Parteien darstellt. Dies kombiniert mit einem Ohnmachts- und Entfremdungsgefühl der Politik gegenüber dürfte der Hauptnährboden für Rechte sein“.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin. Danach finden die „Republikaner“ überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität und abnehmende Milieubildung gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU eine erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die jungen Rep-Anhänger zählen jedoch nicht zu den Nutznießern, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet und für sich keine Berufs- und Zukunftsperspektiven sieht. Sie wohnen in den von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtschaftlichen Arbeitervierteln mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur.

Rep-Wähler leiden unter hohem Preisniveau, steigenden Mieten und knappem Wohnraum. Entscheidend seien nicht Armut und soziales Elend, sondern Disparitäten zwischen Modernisierungsverlierern und Modernisierungsgewinnern.

III.

Es greift zu kurz, in der Existenz der Republikaner und deren politischer und gesellschaftlicher Bekämpfung nur ein Problem der CDU/CSU zu sehen. Die „Republikaner“ erhalten Wählerzulauf aus allen politischen Lagern. Die Wendeparteien sind für Erfolg und Existenz der „Republikaner“ verantwortlich. Die politische Auseinandersetzung ist Aufgabe aller Parteien. Diese Auseinandersetzung muß als Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen geführt werden und nicht mit ritualisierter Rhetorik, sei es die, die nach der „Gemeinsamkeit aller Demokraten“ ruft und Ausgrenzung meint, sei es die des historischen Antifaschismus.

Für die Union als „Union“ christlich-sozialer, deutsch-national-konservativer und wirtschaftsliberaler Strömung stellen die „Republikaner“ auf Dauer eine existenzielle Herausforderung dar. Die Unionsteile, die sich dieser Herausforderung auf der parlamentarischen Ebene demokratisch stellen, ihre Seele nicht um ein paar Stimmen willen verkaufen, bedürfen der Unterstützung durch die demokratischen Parteien und die demokratische Öffentlichkeit.

Notwendig ist jedoch vordringlich ein neues, auf soziale Integration, auf die Wiedervereinigung der Gesellschaft zielendes Modell gesellschaftlicher Entwicklung. Da muß man dann lernen und bereit sein, sich von den anderen Parteien zu unterscheiden, die die Spaltung der Gesellschaft zu verantworten haben und die Angehörigen der aufstiegsorientierten Mittelschichten zum Prototyp der neuen Zeit ausgerufen haben. Es geht nicht darum, neben dem „Yuppie“-Liberalismus der FDP, dem „Yuppie“-Konservatismus der Union, und dem „Yuppie“-Ökologismus von Teilen der Grünen einen „Yuppie“-Sozialismus zu kreieren. Die SPD verfügt längst über politisch-gesellschaftliche Alternativen. Dabei kommt es darauf an, dort wo Sozialdemokraten politische Verantwortung tragen, beschlossene Politik umzusetzen, zum Beispiel in den Kommunen. Dabei geht es um die Aufhebung der Unwirtlichkeit der Städte, die Wiedergewinnung der Stadt als sozialer Lebensraum.

Dieses Modell gesellschaftlicher Entwicklung darf zudem nicht auf einem antiquierten Politikverständnis beruhen. Darauf weisen die zitierten Studien hin, darauf weisen die hohen Wahlenthaltungsraten der letzten Wahlen hin. Dies gilt besonders, wenn die ökologische, soziale und demokratisch gestaltete Gesellschaft die sozialdemokratische Antwort für die Fragestellungen im Zeitalter der „Gezeitenwende“ darstellen soll.

(-/21.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Verschärfung der Wohnungsnot

Zur Notwendigkeit, den Sozialbau massiv zu fördern

Von Susanne Kastner MdB

Die konkrete Wohnungsnot, gerade im Bereich der Sozialwohnungen, ist schon lange kein reines Großstadtproblem mehr, sondern hat sich längst auch schon auf die Kleinstädte und das flache Land ausgedehnt. Die Regierung verschärft die Situation dabei noch durch unverantwortliche Mietpreistreiberei.

Preisgünstige Wohnungen sind Mangelware. Zu spüren bekommen dies vor allem junge Familien und Alleinstehende mit Kindern, aber auch alte Menschen mit kleinen Renten. Sie müssen heute nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleineren Städten und auf dem Land lange Zeit auf Sozialwohnungen warten. Durch den großen Zustrom von Aussiedlern wird der Druck auf den Wohnungsmarkt noch verstärkt.

Verantwortlich für diese Situation ist die christlich-liberale Regierung, die vor Jahren schon die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau gestrichen hat und heute vor dem Scherbenhaufen ihrer Wohnungsbaupolitik steht.

Als wäre die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht schon schlimm genug, geht die Regierung in Bayern nun auch noch verstärkt dazu über, bei der Anmietung von Sozialwohnungen für Aussiedler höhere Mieten als marktüblich zu bezahlen.

Ein konkretes Beispiel aus Unterfranken: Eine ältere Dame aus Poppenhausen bezahlt für ihre Sozialwohnung 330 DM Miete. Die Regierung mietete die selben Wohnungen in dem Haus für 420 DM an. Die Konsequenz dieses unverantwortlichen Verhaltens - und dies ist kein Einzelfall - ist, daß der Vermieter der alten Dame nun eine Mieterhöhung ankündigte, um die Mieten für die Wohnungen „anzugleichen“.

Durch solches Verhalten wird unnötiges Konkurrenz- und Neiddenken zwischen Einheimischen und Aussiedlern geschürt, das jedes gute Miteinander von vorneherein erschwert. In dieser Situation würde auch kein eigenes Wohnungsbauprogramm für Aussiedler weiterhelfen, denn dies würde nicht nur zu einer unerwünschten Getto-Bildung führen, sondern das Konkurrenzdenken nur weiter verschärfen. Hier hilft nur - und dies fordern wir mit Nachdruck - der Erhalt der Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften und vor allem eine massive Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Dies aber kann nur von der Bundesregierung geleistet werden, denn Städte und Gemeinden sind durch die Steuerreform und die immer weiter steigenden Ausgaben für Sozialhilfen ohnehin schon völlig überlastet.

(-/21.8.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Ludwig Stiegler: Keine Toleranz gegenüber den Ultrarechten

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Stiegler, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern, sprach am Wochenende auf der Kundgebung der SPD gegen neonazistische Umtriebe in Wunsiedel, die in Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf Hess stehen, der in der oberfränkischen Stadt beerdigt ist. Seine Ausführungen im Wortlaut.

Die Deutschen müssen sich ihrer Geschichte stellen, an der Erkenntnis, daß der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, kommt niemand vorbei. Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Erkenntnis, ausgesprochen vom Bundespräsidenten, wieder verdrängt wird. Verharmlosung oder gar Verherrlichung der NS-Gewaltherrschaft ist Verhöhnung ihrer Opfer und Infragestellung der Grundlagen des Grundgesetzes. Dafür gibt es keine Toleranz. Alle Demokraten sind und bleiben gefordert, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Nazis haben kein Demonstrationsrecht. Es ist ein Skandal, daß die Landesanwaltschaft das Fehlurteil des Verwaltungsgerichtes, das die Nazi-Demonstration zugelassen hat, nicht mit Rechtsmitteln angegriffen hat. Das zeigt wieder einmal, daß Teile der Justiz in Bayern auf dem rechten Auge blind sind.

Die SPD darf nicht nur erschüttert und resigniert zusehen, wie rechte und nazistische Sprüche bei Jungen und Alten wieder Zustimmung finden. Gerade im 75. Jahr der Entfesselung des Ersten Weltkrieges durch die Rechte in Deutschland und knapp 50 Jahre vor dem Überfall Hitlers auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges muß jederfrau und jedermann deutlich gemacht werden, rechte Sprüche bedeuten Gewalt, Krieg und schließlich Niederlage und Teilung des Vaterlandes. Die sich Patrioten nannten und nennen, haben Millionen Menschen auf dem Gewissen und einer ganzen Generation das Lebensglück genommen.

Es ist ein Skandal, daß sich solche Sprüche überhaupt noch bis an den Stammtisch wagen. Das zeigt, daß unsere Bewältigung der Vergangenheit keine Aufarbeitung, sondern eine Verdrängung war, die das alte Gift nicht abgebaut hat. Gerade die Sozialdemokratie hat als die Repräsentantin des anderen Deutschland die Aufgabe, den Blick für die Verbrechen der Vergangenheit zu schärfen und zu reagieren, wenn sich die Hitlers wieder regen.

Auf die konservativen Parteien ist wenig Verlaß. 1933 haben sie lieber Hitler und die Diktatur mit installiert, als mit SPD und Gewerkschaften die Krise zu überwinden. Nach 1945 haben sie mit der Vergangenheit nur zaghaft gebrochen. Wenn es 1968 und 1969 rechnerisch möglich gewesen wäre, wäre nicht Gustav Heinemann Bundespräsident und Willy Brandt Bundeskanzler geworden; CSU

und Teile der CDU hätten vielmehr mit der NPD rechts herum regiert, da soll sich keiner Illusionen machen. Und heute bereiten sie schon die Koalitionen mit den neuen Rechten vor.

Es ist bezeichnend, daß der Bundespräsident für seine Feststellung, die Kapitulation der Wehrmacht sei der Tag der Befreiung gewesen, gerade von der CSU kritisiert worden sei. Ich erinnere an die Emigrantenhetze nach dem Kriege und das zwiespältige Verhältnis zum Widerstand. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Fragen offen geklärt werden, auch wenn das für die Generation unserer Väter und Mütter besonders schmerzhaft ist.

Der CSU und Teilen der CDU ist vorzuwerfen, mit der Behauptung, die heutige Westgrenze Polens sei nicht endgültig, den deutsch-polnischen Vertrag, die Ostverträge zu brechen und die sollen ja nicht kommen und sagen, daß sie ja Gewaltverzicht geschworen haben. Damit hat Hitler auch jahrelang die Öffentlichkeit getäuscht. Wer die gegenwärtigen Grenzen Europas, insbesondere die polnische Westgrenze in Frage stellt, ist ein Aggressor und muß auch so bezeichnet werden. Zu danken ist hingegen besonders dem Zentralkomitee der Katholiken, das, wenn auch lange nach der Evangelischen Kirche, sich jetzt klar zu der polnischen Westgrenze bekannt hat. Wir stehen in der Tradition von Willy Brandts kniefälliger Bitte um Vergebung gegenüber den Menschen in Polen und werden die neuen Aggressoren deutlich als Friedens- und Reformstörer brandmarken und bekämpfen.

Das Abschneiden der Rechten bei der Europawahl in Bayern lastet schwer auf der SPD in Bayern. Niemand hat zwar erwarten können, daß die rechts von der CSU abfallen, zu uns herüber kommen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß auch Frauen und Männer, die grundsätzlich für uns ansprechbar sind und waren, aus Protest die Reaktion gewählt haben. Das darf uns nicht ruhen lassen. Wir brauchen den landesweiten Dialog mit allen Bürgern, mit den Stammtischen genauso wie mit den Akademien, um wenigstens das, was wir eventuell durch eigene Fehler in unserer Arbeit und Darstellung an der Rechtswendung zu verantworten haben, wiedergutzumachen. Aus der Niederlage der Weimarer Demokratie leitet die SPD nicht nur den moralischen Anspruch ab, als einzige demokratische Kraft untergegangen zu sein gegenüber der Übermacht der Konservativen und Braunen. Wir müssen daraus auch die Verpflichtung ableiten, nie mehr die Schwächeren zu sein, sondern als die Stärkeren und Überzeugenderen Demokratie, Frieden mit den Nachbarn und der Umwelt, soziale Gerechtigkeit und innere Liberalität zu sichern und auszubauen. (-/21.8.1989/vo-he/rs)

* * *